



K u r z b e r i c h t

über die

136. Sitzung des Innen- und Rechtsausschusses

*am Mittwoch, dem 6. Juli 2016,
im Sitzungszimmer 142 des Landtags*

Beginn: 14:05 Uhr

Gegen die Stimme der PIRATEN beschloss der Ausschuss, sich nicht im Wege der Selbstbefassung mit dem Antrag der Fraktion der PIRATEN **Grundrechtsschädliche Terrorpakete stoppen - Meinungsfreiheit wahren - Ausweispflicht für Prepaid-Mobilfunktelefonkarten streichen, [Umdruck 18/6377](#)**, zu befassen.

Auf Antrag des Abgeordneten Dr. Axel Bernstein (CDU), [Umdruck 18/6363](#), nahm der Ausschuss einen **Bericht des Ministers für Inneres und Bundesangelegenheiten über die Entwicklung der Wohnungseinbruchszahlen und über die aktuelle Berichterstattung zu diesem Bereich** entgegen. Das Ministerium sicherte zu, dem Ausschuss den der Presseberichterstattung zugrunde liegenden Erlass zur Präventionsarbeit sowie Zahlenmaterial zur Wohnungseinbruchskriminalität zur Verfügung zu stellen.

Zur **aktuellen Situation des Digitalfunks und zu aktuellen Presseberichten über die Gefährdung von Polizeikräften durch Funktionsstörungen beim Digitalfunk** nahm der Ausschuss auf Antrag der Abgeordneten Petra Nicolaisen (CDU), [Umdruck 18/6362](#), einen Bericht des Ministeriums für Inneres und Bundesangelegenheiten entgegen. Das Ministerium wird dem Ausschuss die Liste derjenigen Orte im Lande, an denen eine schlechte Netzardeckung besteht, sowie die Zahl der gemeldeten Funktionsstörungen beim Digitalfunk zuleiten.

Zum **Gesetzentwurf über den Vollzug der Freiheitsstrafe in Schleswig-Holstein und zur Schaffung eines Justizdatenschutzgesetzes, [Drucksache 18/3153](#)**, führte der Ausschuss ein Gespräch mit Vertretern des Ministeriums für Justiz, Kultur und Europa.

Mit den Stimmen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von FDP und PIRATEN empfahl der Ausschuss dem Landtag den **Entwurf eines Gesetzes zum Staatsvertrag über die Errichtung und den Betrieb eines Rechen- und Dienstleistungszentrums zur Telekommunikationsüberwachung der Polizeien im Verbund der norddeutschen Küstenländer, [Drucksache 18/4064 \(neu\)](#)**, zur Annahme.

Einstimmig empfahl der Ausschuss dem Landtag den **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesverwaltungsgesetzes**, [Drucksache 18/4000](#), sowie den **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landeskatastrophenschutzgesetzes**, [Drucksache 18/4063](#), zur Annahme.

Einstimmig kam der Ausschuss überein, sich in seiner Sitzung am 13. Juli 2016 abschließend mit den **Gesetzentwürfen zur Änderung des Landesbeamtenrechtes**, [Drucksache 18/1247](#) und [Drucksache 18/3154](#), zu befassen.

Ebenfalls abschließend wird der Ausschuss sich in seiner Sitzung am 13. Juli 2016 mit den **Gesetzentwürfen zur Änderung der Präambel der Landesverfassung**, [Drucksache 18/4107](#) (neu), [Drucksache 18/4264](#) sowie [Umdruck 18/6283](#) befassen. Der Ausschuss empfiehlt den Antragstellern, den Änderungsantrag, [Umdruck 18/6283](#), als eigenständigen Gesetzentwurf in den Landtag einzubringen und kam überein, zu dieser Vorlage keine Ausschussberatung zwischen erster und zweiter Lesung durchführen zu wollen.

Einstimmig beschloss der Ausschuss die Terminplanung für das erste Quartal 2017 ([Umdruck 18/6350](#)). Die Ausschusssitzung am 28. September 2016 soll entfallen.

Schluss: 16:20 Uhr

gez. Dörte Schönfelder